

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

**PARLAMETARISCHE
INFORMATIONSDIENSTE**

Neue Bücher und Aufsätze

**September - November
2022**

Parlamentsbibliothek

Tel: 040 – 42831 – 3000

E-Mail: infodienste@bk.hamburg.de

Unsere Dienste für Sie:

- wir stellen Ihnen Fachliteratur zur Verfügung
- wir bieten Ihnen monatlich einen Überblick über neu erworbene Bücher und aktuelle Zeitschriftenaufsätze
- im Lesesaal können Sie im Online-Katalog der Bibliothek, in der Parlamentsdatenbank, in den Juris-Datenbanken, in Beck-online und im Internet recherchieren

Anschaffungswünsche für Bücher nehmen wir gerne entgegen!

Die Leihfrist für Bücher beträgt in der Regel **4 Wochen**, Dienstausleihe ist für 2 Jahre möglich. Der Präsenzbestand ist nach Absprache für Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei und der Senatskanzlei kurzfristig ausleihbar. Loseblattwerke und Zeitschriften leihen wir grundsätzlich nicht aus.

Öffnungszeiten der Parlamentsbibliothek:

Montag bis Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 14:00 Uhr
während der Plenarsitzungen	10:00 bis 18:00 Uhr
In den Parlamentsferien	
Montag bis Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 14:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Arbeit und Wirtschaft	4
Bildung, Schule und Sport	5
Finanzen, Haushalt und Steuerrecht	5
Gesellschaft und Politik	6
Hamburg	7
Parlament, Parteien und Regierung	7
Raumordnung und Städtebau	8
Soziales und Gesundheit	8
Staats- und Verfassungsrecht	9
Umwelt und Umweltrecht	9
Verkehr und Verkehrsrecht	9
Verwaltung und Verwaltungsrecht	9-10
Wahlen und Wahlrecht	10

Arbeit und Wirtschaft

Alipour, Jean-Victor: Die Innenstadt als Konsumzentrum : ein Opfer von Corona und Homeoffice? / Jean-Victor Alipour, Oliver Falck, Simon Krause, Carla Krolage und Sebastian Wichert, 2022

In: ifo Schnelldienst ; Jg. 75 (2022), H. 10, S. 53-57

Die vorliegende Studie untersucht die Entwicklung der Homeoffice-Nutzung und der Einzelhandelsumsätze in fünf deutschen Großstädten und deren Umland seit Beginn der Corona-Pandemie. Der Umsatz in den Innenstädten lag Ende Mai 2022 weiterhin 10% unter dem Vorkrisenniveau. Wohngebiete, in denen seit der Pandemie ein hoher Zuwachs an Homeoffice-Beschäftigten zu verzeichnen ist, weisen hingegen einen 20% höheren Konsum auf. Die Zunahme von Homeoffice, regionale Konsumverschiebungen und Online-Shopping werden daher wahrscheinlich langfristig das Erscheinungsbild der Städte verändern.

Z/446/22

Angespannter Arbeitsmarkt : Arbeitskräftemangel nach Corona / Schwerpunktthema mit Beitr. versch. Autor:innen, 2022

In: Wirtschaftsdienst ; (2022) H. 9, S. 664-682

Auch durch die Coronapandemie ist die Lage in vielen Branchen wie zum Beispiel der Gastronomie, der Pflege und dem Handwerk, derzeit angespannt. Ursächlich ist dafür zum einem die Situation, dass sich viele Beschäftigte aufgrund von unsicheren Arbeitsverhältnissen während der Pandemie beruflich umorientiert haben. Eine weitere Ursache ist die Demografie. Es kommen weniger junge Arbeitskräfte nach und die Arbeitsmigration kann nur einen Teil dieser Lücke schließen. Daher stellt sich die Frage, wie der Staat auf diesen Arbeitskräftemangel reagieren kann.

Z/395/22

Heining, Jörg: Krisen dämpfen die positive Entwicklung in nahezu allen Regionen : regionale Arbeitsmarktprognosen 2022/2023 / von Jörg Heining, ... [u.a.], 2022

In: IAB Kurzbericht ; (2022), H. 16, S. 1-8

Die Erholung des deutschen Arbeitsmarktes wird durch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gebremst. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt nur noch leicht an, wobei die Arbeitslosigkeit in fast allen Bundesländern zunimmt. Dabei wird in den städtischen Regionen eine etwas schwächere Beschäftigungsentwicklung als in den ländlichen Regionen prognostiziert.

Z/478/22

Wie groß ist der Gender Gap? : Anspruch und Wirklichkeit der Gleichstellungspolitik / Schwerpunktthema mit Beitr. versch. Autor:innen, 2022

In: ifo Schnelldienst ; Jg. 75 (2022), H. 10, S. 3-35

Trotz vieler Fortschritte in den letzten Jahrzehnten bezüglich der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau unterscheiden sich die Arbeitsmarktergebnisse noch erheblich. Frauen sind im Beruf oft benachteiligt und verdienen im Schnitt weniger als Männer. Des Weiteren sind Frauen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wenig vertreten. Die Autor:innen gehen der Frage nach, welche politischen Maßnahmen die weiterhin vorhandenen Defizite in der Gleichberechtigung beseitigen könnten.

Z/446/22

Bildung, Schule und Sport

Gökbudak, Mahir: Schule als politikfreie Zone? : politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe im Bundesländervergleich 2021 / Mahir Gökbudak, 2022

In: Gesellschaft Wirtschaft Politik ; 71 Jg. (2022), H. 3, S. 333-344

Das diesjährige Ranking zur politischen Bildung an Schulen untersucht erstmals neben der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen auch die gymnasiale Oberstufe in Deutschland. Der Stellenwert sowie die zentralen Ergebnisse werden in diesem Beitrag dargestellt und diskutiert. Hamburg gehört in diesem Ranking zu den 6 schlechtesten Bundesländern.

Z/152/22

Holprig in die Zukunft : Bildungsmonitor / Schwerpunktthema mit Beitr. versch. Autor:innen, 2022

In: iwD ; 48. Jg. (2022) H. 17, S. 2-4

Laut dem Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft haben Sachsen und Bayern derzeit das beste Bildungssystem in Deutschland. Insgesamt hapert es in der Bildungspolitik aber in vielen Bereichen. Vor allem bieten abnehmende Bildungschancen, die schleppende Digitalisierung und das sinkende Interesse an MINT-Berufen Grund zur Sorge.

Z/450/22

Lindner, Josef Franz: Verfassungsgerichtsverfassungsrecht (auch) im Schulrecht? / von Josef Franz Lindner, 2022

In: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) ; Jg. 75 (2022), H. 18, S. 733-737

Im Beschluss vom 19.11.2021 hat das Bundesverfassungsgericht erstmals ein Grundrecht auf schulische Bildung anerkannt. Unter anderem erkennt das BVerfG auch eine leistungsrechtliche Dimension an, welche den „Kindern und Jugendlichen einen Anspruch auf Einhaltung eines für ihre chancengleiche Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten unverzichtbaren Mindeststandards von Bildungsangeboten“ vermitteln soll. Franz Lindner befasst sich in seinem Aufsatz mit der Frage, ob das BVerfG sich damit einen Mitgestaltungsspielraum für das in der alleinigen Länderkompetenz liegende Schulrecht offen zu halten versucht.

Z/155/22

Michlbauer, Katja: Integrationsperspektive von ukrainischen Geflüchteten im deutschen Schulsystem / Katja Michlbauer und Lukas Mergele, 2022

In: ifo Schnelldienst ; Jg. 75 (2022), H. 8, S. 29-34

Der anhaltende Krieg in der Ukraine stellt Deutschland vor die Frage, wie es die Geflüchteten am besten unterstützen kann. Der hohe Anteil geflüchteter Schulkinder rückt dabei die schulische Bildung in den Fokus, welche als essentiell für eine gelingende Integration angesehen wird.

Z/446/22

Finanzen, Haushalt und Steuerrecht

Streit um Entlastungspaket : Steuersenkungen oder direkte Transfers? ; [Zeitgespräch] / Schwerpunktthema mit Beitr. versch. Autor:innen, 2022

In: Wirtschaftsdienst ; (2022) H. 10, S. 744-760

Durch die hohe Inflation profitiert der Staat auf verschiedene Weise, beispielsweise aufgrund der Ausgestaltung des progressiven Steuer- und Transfersystems in nominalen Größen. Einige Entlastungsmaßnahmen sind bereits in Kraft getreten, verschiedene weitere Maßnahmen wurden angekündigt. Die Autor:innen beleuchten in ihren Beiträgen, ob neben den bereits in Kraft getretenen und den geplanten Maßnahmen eine Reform der Einkommensteuer nötig ist und ob die kalte Progression ein Problem ist, dass es zu beseitigen gilt.

Z/395/22

Gesellschaft und Politik

Demokratie, ein Auslaufmodell? : vom Besten des Mangelhaften / Michael Rutz (Hg.). - 2. Aufl. - Freiburg [u.a.] : Herder, 2022. - 128 S. ISBN 978-3-451-03362-9

In den letzten Monaten haben wir erlebt, dass Maßnahmen der Bundesregierung zur dringend nötigen Eindämmung der Corona-Pandemie als »Eingriff einer Diktatur in die Freiheit der Menschen« bezeichnet wurden. Gleichzeitig scheint ein Bedürfnis nach autoritärer Politik zu wachsen, nicht nur in Deutschland. Dabei vergessen viele Menschen hierzulande, was es hieß, in einer Diktatur zu leben. Wie muss die Demokratie im 21. Jahrhundert gestaltet sein? Welche Rolle spielen die Medien dabei? Welche Herausforderungen stellen sich anhand der vielen Krisen für die Demokratie? Und wie kann man die Pandemie auch als politische Chance begreifen? (Verlagsmeldung)

F ca
22-105

Habermas, Jürgen: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik / Jürgen Habermas. - 1. Aufl., Originalausg.. - Berlin : Suhrkamp, 2022. - 108 S. ISBN 978-3-518-58790-4

1962 erschien Strukturwandel der Öffentlichkeit, Jürgen Habermas' erstes Buch. In sozialhistorischer und begriffsgeschichtlicher Perspektive profiliert er darin einen Begriff von Öffentlichkeit, der dieser einen Platz zwischen Zivilgesellschaft und politischem System zuweist. [...] Angesichts einer durch die Digitalisierung veränderten Medienstruktur und der Krise der Demokratie kehrt er nun erneut zu diesem Thema zurück. Kernstück des Buches ist ein Essay, in dem er sich ausführlich mit den neuen Medien und ihrem Plattformcharakter beschäftigt, die traditionelle Massenmedien – maßgebliche Antreiber des »alten« Strukturwandels – zunehmend in den Hintergrund drängen. Fluchtpunkt seiner Überlegungen ist die Vermutung, dass die neuen Formen der Kommunikation die Selbstwahrnehmung der politischen Öffentlichkeit als solcher beschädigen. Das wäre ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit, mit gravierenden Konsequenzen für den deliberativen Prozess demokratischer Meinungs- und Willensbildung. (Auszug Inhaltstext)

P ba
22-111

Lindberg, Staffan I.: Ungleichheit, Demokratie und Autokratisierung / Staffan I. Lindberg, Martin Lundstedt, 2022

In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; (2022) H. 37-38, S. 23-28

Die Autoren gehen der Frage nach, inwiefern die hohe und weltweit um sich greifende wirtschaftliche Ungleichheit eine Erklärung für die seit einiger Zeit zu beobachtenden Autokratisierung ist. Dabei erweist es sich ihres Erachtens als Trugschluss, dass Demokratien generell ein niedrigeres Niveau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit aufweisen als Autokratien. Die Autoren sehen die Stabilität der Demokratie in Gefahr, wenn aus sozialer Ungleichheit Unzufriedenheit mit dem politischen System wird.

Z/27/22

Ploss, Christoph: Aufbruch Deutschland : eine Agenda bürgerlicher Vernunft / Christoph Ploß. - München : Dt. Wirtschaftsbuch Verl., 2022. - 183 S. ISBN 978-3-95972-653-5

Christoph Ploß fordert eine Renaissance bürgerlicher Werte und Tugenden. Mut zu Innovationen und politische Führung seien jetzt wieder gefragt. Er schlägt einen neuen Generationenvertrag vor, der sich der demografischen Realität zum Wohle aller stellt, und fordert mehr Investitionen in frühkindliche und digitale Bildung statt Sozialausgaben nach dem Gießkannenprinzip. In der Energiefrage müsse über Kernkraftwerke neuen Typs tabufrei diskutiert werden. Auch außenpolitisch müsse Deutschland seine Komfortzone verlassen und mit gleichgesinnten Nachbarn in einem "Club der Wegbereiter" neue Perspektiven für Europa eröffnen. (Auszug Klappentext)

P ba
22-112

Hamburg

Marsch, Angelika: Vom ersten Diamantwerkzeug zum Haus der Zukunft : 175 Jahre Innovation und Verantwortung / Angelika Marsch, hrsg. von Georg Winter. - Kiel [u.a.] : Wachholtz, 2022. - 411 S. : Ill. ISBN 978-3-529-05028-2

Im Jahr 1847 wurde in Hamburg-Eimsbüttel die Diamantwerkzeugfirma Ernst Winter & Sohn gegründet. Aus den Anfängen entwickelte sich eine Weltfirma und daraus wiederum bis in die Gegenwart das innovative „Haus der Zukunft“ in der Hamburger Osterstraße, mit dem zentralen Anliegen, der Natur auch formal zu „Rechten“ zu verhelfen und mit zahllosen Verbindungen in die Welt. Angelika Marsch bettet den Lebensweg der Firmengründer und -erben, die wirtschaftliche Entwicklung der Firma ein in die Geschichte Altonas und Hamburgs. ... (Auszug Verlagstext)

K db
22-99

Parlament, Parteien und Regierung

Handbuch zur Geschichte der CDU : Grundlagen, Entwicklungen, Positionen / Norbert Lammert (Hg.). - Darmstadt : wbv Academic, 2022. - 699 S. : Ill., graph. Darst. ISBN 978-3-534-27421-5

... Das „Handbuch zur Geschichte der CDU“ bietet einen Überblick über die Geschichte der CDU seit 1945 sowie einen Einblick in ihre programmatische Entwicklung, ihre Organisationsstrukturen, die Geschichte ihrer Landesverbände und ausgewählte Politikfelder. Umfangreiche Literaturangaben, eine Auswahlbibliographie und Quellenhinweise bieten Ansatzpunkte für eine vertiefte Auseinandersetzung und für künftige Forschungen. (Auszug Verlagstext)

F hg
22-101

Kubitza, Marc Philip: Rechtswegeröffnung bei Äußerungen von Abgeordneten und Fraktionen / von Marc Philip Kubitza, 2022

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 137 (2022), Nr. 17, S. 1006-1014

Durch die zunehmende Bereitschaft von Abgeordneten und Fraktionen parlamentarische Entscheidungsprozesse nahezu zeitgleich im öffentlichen und privaten Raum zu kommentieren bzw. zu bewerten, werden die Gerichte hinsichtlich der Eröffnung des Rechtswegs öfter vor schwierigen Abgrenzungsfragen gestellt. Der Autor befasst sich mit der Fragestellung, inwieweit die Äußerung einer/s Abgeordneten oder einer Fraktion den Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten oder zu den ordentlichen Gerichten eröffnen kann.

Z/120/22

Shirvani, Foroud: Die interföderale Dimension des parlamentarischen Untersuchungsrechts / Foroud Shirvani, 2022

In: JZ Juristenzeitung ; Jg.77 (2022) H. 15-16, S. 753-758

Untersuchungsausschüsse des Bundestages und der Landtage benötigen gelegentlich Informationen von Behörden, die ihnen gegenüber parlamentarisch nicht verantwortlich sind. In solchen Fällen stellt sich die Frage, welche interföderalen Befugnisse der Ausschuss hat und welche Grenzen zu beachten sind.

Z/485/22

Wenzelburger, Georg: Politik der inneren Sicherheit : Politisierungsdynamiken und Politikänderungen / Georg Wenzelburger, Denise Scharwatz, 2022

In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; (2022) H. 32-33, S. 32-38

Die Autor:innen beschäftigen sich in ihrem Beitrag über die Entwicklung der Politik der Inneren Sicherheit in den vergangenen 25 Jahren in Deutschland. Sie befassen sich mit der Frage, welche Positionen die politischen Parteien zum Thema einnehmen und geben dabei einen Überblick über Grundlagen, Parteiprogramme und Gesetzgebung.

Z/27/22

Raumordnung und Städtebau

Haury, Stephanie: Neues Stadtgrün - vielseitiger Nutzen : Rahmenbedingungen, Potenziale und Handlungsansätze für grünere Innenstädte / Stephanie Haury, Fabian Dosch, 2022

In: Informationen zur Raumentwicklung ; (2022), H. 2, S. 48-63

Neue Grünräume in den Innenstädten zu realisieren, stellt das Postulat der Nachverdichtung und kompakten Städte nicht in Frage, erfordert aber ein geschicktes Zusammenspiel vielschichtiger Nutzungsansprüche auf engerem Raum. Herausforderungen und Handlungsansätze werden in diesem Beitrag vorgestellt.

Z/463/22

Klemme, Marion: Transformation der Innenstädte : zwischen Krise und Innovation / Marion Klemme, 2022

In: Informationen zur Raumentwicklung ; (2022), H. 2, S. 4-15

Die Kernbereiche der Innenstädte und Zentren wurden in den letzten Jahrzehnten stetig als Konsum- und weniger als Lebensraum entwickelt. Künftig soll es vermehrt um die Gestaltung der öffentlichen Räume und zukunftsfähige Nutzungen gehen.

Z/463/22

Teurer Wohnen : Wohnungsmarkt / Schwerpunktthema mit Beitr. versch. Autor:innen, 2022

In: iwD ; 48. Jg. (2022) H. 21, S. 2-7

Die Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft bestätigt: Der Immobilienmarkt ist angespannt.

Durchschnittsverdiener können sich immer weniger Wohnfläche leisten, für Studierende ist die Wohnungssuche besonders problematisch und die Preise für Eigentumswohnungen sind stark gestiegen.

Z/450/22

Soziales und Gesundheit

Rolfs, Christian: „Die Rente ist sicher“ : mit welchen Maßnahmen lässt sich dieses Versprechen auch künftig einhalten? / Christian Rolfs, 2022

In: Neue Juristische Wochenschrift, NJW ; Jg.75 (2022) H. 38, S. 2717-2721

In seinem Gutachten für den 73. Deutschen Juristentag empfiehlt Heinz-Dietrich Steinmeyer Modernisierungen des geltenden Rechts, um die Alterssicherung zukunftsfest zu gestalten. Die Vorschläge bieten dabei, laut dem Autor des Aufsatzes, eine Diskussionsgrundlage für eine diversifizierte Altersvorsorge, die den heutigen unterschiedlichen Lebensverläufen und Sicherungsbedürfnissen Rechnung trägt.

Z/119/22

Der Winter kommt : Energiearmut / Interview mit Ulrich Schneider, 2022

In: AKP Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik ; Jg.43 (2022) H. 5, S. 18-19

Interview mit Ulrich Schneider (Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands) zum Umgang der sozialen Härte für die Bevölkerung durch die stark gestiegenen Energiekosten.

Z/278/22

Wohnen nach der Flucht : Integration von Geflüchteten und Roma in städtische Wohnungsmärkte und Quartiere / Ingrid Breckner, Heidi Sinning (Hrsg.). - Wiesbaden : Springer VS, 2022. - VII, 421 S. : Ill., graph. Darst. Literaturangaben

ISBN 978-3-658-26078-1

Die Publikation präsentiert Ergebnisse eines transdisziplinären BMBF-Forschungsprojektes zur Integration besonders benachteiligter Gruppen in städtische Wohnungsmärkte und Quartiere und ergänzt diese mit Befunden zu Diskriminierung von Zuwanderer*innen sowie zu Strategien und Instrumenten aktueller Integrationspolitik und -praxis in verschiedenen deutschen Städten. (Klappentext)

P cd

22-106

Staats- und Verfassungsrecht

Volkman, Uwe: Zwischen individueller Freiheit und staatlicher Sicherheitsgewähr : Wandlungen des Rechtsstaats in unsicheren Zeiten / Uwe Volkman, 2022

In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; (2022) H. 32-33, S. 17-23

Die gesellschaftlichen Erwartungen an die staatliche Sicherheitsgewährung sind in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten merklich gestiegen. Der Autor setzt sich in seinem Aufsatz mit den Folgen für das Rechtsstaatprinzip auseinander, welches dadurch zunehmend seine machtbegrenzende Funktion einzubüßen scheint.

Z/27/22

Umwelt und Umweltrecht

Böhm, Monika: Die nachhaltige Stadt der Zukunft / Monika Böhm, 2022

In: JZ Juristenzeitung ; Jg.77 (2022) H. 17, S. 820-829

Versäumnisse und Fehlentwicklungen der letzten Jahre treten mit Blick auf kommunaler Ebene besonders zu Tage: zu wenig Wohnraum, zu viel Verkehr und ein hoher Ausstoß klimaschädlicher Emissionen. Dieser Beitrag befasst sich mit aktuell möglichen Handlungsoptionen und Hemmnissen der "nachhaltigen Städte" der Zukunft.

Z/485/22

Erbguth, Wilfried: Die KSG-Entscheidung(en) des Bundesverfassungsgerichts : Folgen für die Landesebene und das räumliche Planungs- und Zulassungsrecht / von Wilfried Erbguth, 2022

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 137 (2022), Nr. 17, S. 1001-1006

Die jüngeren Entscheidungen des BVerfG zum Klimaschutzrecht werfen die Frage auf, ob sie Konsequenzen für die Ebene der Bundesländer sowie für das Raumplanungs- und räumliche Zulassungsrecht nach sich ziehen. Der Beitrag skizziert welche neuen Aufgaben, insbesondere für die Raumordnung auf Landes- und Regionalebene, sich ergeben und wie diese umgesetzt werden sollten.

Z/120/22

Verkehr und Verkehrsrecht

Es ruckelt auf der Schiene : Infrastruktur, 2022

In: iwd ; 48. Jg. (2022) H. 21, S. 14-15

Seit der Liberalisierung des Bahnverkehrs haben sich die Fahrgastzahlen im Nah- und Fernverkehr der Deutschen Bahn deutlich erhöht. Die Infrastruktur ist nicht annähernd im gleichen Maße mitgewachsen. Die DB versucht nun gegenzusteuern, um häufige Verspätungen und Zugausfälle zukünftig zu reduzieren.

Z/450/22

Verwaltung und Verwaltungsrecht

Botta, Jonas: „Digital First“ und „Digital Only“ in der öffentlichen Verwaltung : über die grundrechtlichen Zulässigkeitsgrenzen der digitalen Verwaltungstransformation und ein „Recht auf analogen Zugang“ / Jonas Botta, 2022

In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht ; Jg. 41 (2022) H. 17, S. 1247-1253

Die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung schreitet voran, neuerdings auch unter der Maxime „Digital First“. Elektronische Verwaltungsleistungen sollen kein Zusatzangebot mehr sein, sondern der Regelfall werden. Davon ausgehend könnte der nächste Schritt in Richtung digitaler Staat „Digital Only“ heißen. Eine (partielle) E-Government-Nutzungspflicht könnte jedoch gegen das Grundgesetz bzw. die Landesverfassungen verstoßen, sofern sie ein „Recht auf analogen Zugang“ schützen.

Z/272/22

Dindorf, Rolf: Pflicht oder Kür für die Verwaltung? / Rolf Dindorf, 2022

In: Innovative Verwaltung ; Jg. 18 (2022) H. 10, S. 20-22

Der Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung verschärft sich weiter. Mehr als 60% der Mitarbeitenden scheiden in den nächsten 20 Jahren aus. Vor diesem Hintergrund ist eine langfristige Personalstrategie mit attraktiver Mitarbeiter:innengewinnung und -bindung immer wichtiger. Doch das Personalmanagement agiert vielerorts noch nicht.

Z/600/22

Schuch, Christoph: „...mit gegenwärtiger Staatsauffassung nicht vereinbar.“ : über den extremen Wandel der Hamburger Verwaltungsgerichtsbarkeit im Nationalsozialismus / Christoph Schuch, 2022

In: NordÖR ; Jg. 25 (2022), H. 9, S. 393-397

Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Hamburg wird in diesem Aufsatz untersucht, in welchem Kontext, durch wen und wie diese in der Zeit des Nationalsozialismus urteilte.

Z/407/22

Wahlen und Wahlrecht

Schmahl, Stefanie: Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Wahlen zum Deutschen Bundestag : verfassungs- und völkerrechtliche Überlegungen / von Stefanie Schmahl, 2022

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 137 (2022), Nr. 16, S. 958-963

Die Regierungskoalition plant gemäß ihrem Koalitionsvertrag eine Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre. Unabhängig davon, ob die dafür erforderlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat erreicht werden, stellt sich die Frage, ob eine solche Absenkung verfassungsrechtlich geboten ist.

Z/120/22

Wawzyniak, Halina: Chancengerechtigkeit für Frauen im Wahlrecht : verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Geschlechterquotierung im Wahlrecht / Halina Wawzyniak. - Berlin : WVB Wiss. Verl., 2022. - 572 S. . - (Schriften zur Rechtswissenschaft ; 252)

Literaturverz. S. 558-572

Zugl.: Kassel, Univ., Diss., 2021 ISBN 978-3-96138-321-4

Es geht in der vorgelegten Arbeit um die Frage der Verfassungsgemäßheit von Paritätsgesetzen. Darunter sind Gesetze zu verstehen, welche die Chancengleichheit von Frauen bei der Kandidatur herstellen, um Gleichberechtigung bei der Wahl zu ermöglichen. Ausgangspunkt ist die strukturelle Diskriminierung von Frauen in der Wahlkandidatur... (Auszug Klappentext)

C fh

22-102